

## Die Flüchtlingskrise ist nicht vorbei

Im Schatten von Brexit und Fußball-EM machte sie keine Schlagzeilen mehr, aber die Probleme sind geblieben. Immerhin 6.748 Flüchtlinge sind seit Anfang des Jahres nach Schleswig-Holstein gekommen und auf Städte und Kreise verteilt worden. Etwa 300 sind zurzeit in den Orten des Amtes Itzstedt untergebracht und werden hier auch betreut. Nachfolgend ein paar der lokalen Probleme.

- ◆ Die geplanten neuen Gemeinschaftsunterkünfte in Nahe und Tangstedt könnten etwa zum Jahresende fertig sein. Die Planung für Unterkünfte in Borstel laufen noch.
- ◆ Die praktische Betreuung der Flüchtlinge wird weiterhin allein von etwa 100 freiwilligen Helfern in 4 Helferkreisen geleistet, inklusive Fahrdiensten z. B. zu Ärzten, zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Neumünster.
- ◆ Damit die Flüchtlinge nicht mehr zur Tafel nach Kaltenkirchen gefahren werden müssen, transportieren Helfer die Lebensmittel von Kaltenkirchen nach Nahe, wo die Flüchtlinge auf kurzen Wegen zugreifen können.
- ◆ Die Kommunikation zwischen Ämtern des Kreises Segeberg und dem BAMF in Neumünster ist immer noch schlecht.
- ◆ Flüchtlinge fahren nicht gern mit öffentlichen Verkehrsmitteln, weil die Geld kosten. Obwohl sie Fahrgeld erhalten.
- ◆ Wenn Flüchtlinge morgens um 8 zum BAMF bestellt werden, bedeutet das für die ehrenamtlichen Helfer, dass ihr Fahrdienst noch früher starten muss und lange Wartezeiten in Neumünster beinhaltet.
- ◆ Warum Flüchtlinge zur persönlichen Befragung mit dem Bus vom BAMF in Neumünster zum BAMF in Nosdorf an der Elbe (in Mecklenburg) gefahren werden müssen, ist nicht verständlich. Zumal Helfer die Flüchtlinge vorher nach Neumünster fahren und sie später dort auch wieder abholen.
- ◆ Flüchtlinge werden offensichtlich immer noch nicht ausreichend über die Bedingungen ihres Lebens im Gastland informiert. Zum Beispiel darüber, dass ihre Frauen bei uns auch allein auf die Straße dürfen, dass für Feindseligkeiten zwischen Schiiten und Sunniten bei uns kein Platz ist.
- ◆ Wer wegen Gefahr für Leib und Leben zu uns geflohen ist, sollte nicht darüber klagen, dass ihm die Wohnung nicht gefällt oder die Möbel nicht schön sind, dass er hier auf dem Land lebt statt in einer Großstadt, wo das Einkaufen viel einfacher ist. Und er sollte alles daran setzen, schnell Deutsch zu lernen. Auch wenn die Kurse morgens früh beginnen.

### Kleinbus für die Jugendfeuerwehr

Kayhudes Feuerwehr ist gut dran, denn zurzeit gibt es genügend Nachwuchs. 16 Mitglieder zählt die Jugendfeuerwehr. Damit die kleine Truppe sowohl zu bestimmten Übungen wie auch mal zu einer Wochenendfreizeit transportiert werden kann, wäre ein Kleinbus sinnvoll. Darüber hatten sich Mitglieder der Feuerwehr und der Gemeindevertretung bereits vor einigen Wochen ausgetauscht. Mit dem Ergebnis, dass der Gedanke richtig, aber der Kayhuder Haushalt begrenzt ist. Zur Debatte stand ein gebrauchter Kleinbus einer anderen Feuerwehr.

In der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung wurde das Thema noch mal diskutiert. Zwar waren sich die Mitglieder der Feuerwehr unter einander noch nicht ganz im Reinen über die Notwendigkeit des Vorhabens, aber die Gemeindevertreter billigten mit einer Enthaltung den Plan, einen gebrauchten Kleinbus für maximal 8000 € anzuschaffen. Ein passendes Fahrzeug hat man offensichtlich bereits im Visir.

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

SPD-Ortsverein Kayhude/Oering  
www.spd-kayhude.de

VERANTWORTLICH:

Gerhard Pelzer, Tel. 59 85 00  
23863 Kayhude, An der Naherfurth 32  
Manfred Schnell

REDAKTION:

# Unser Kayhude

Die SPD informiert

Nummer 54

18./19. Juli 2016

## Keine Änderung der Kita-Gebühren!

Auch in diesem Jahr mussten sich die Kayhuder Gemeindevertreter der ungeliebten Aufgabe stellen: **Überprüfung der Kosten** für den Kindergarten und nötigenfalls **Anpassung der Gebühren**. Denn die Elternbeiträge reichen zur Finanzierung der Betriebsausgaben bei weitem nicht aus. Der größte Teil der Kosten für Personal, Gebäude, Bewirtschaftung und Verwaltung muss grundsätzlich aus dem Kayhuder Haushalt finanziert werden, geht also zu Lasten aller Kayhuder Bürger.

In zwei Sitzungen hatte der **Finanzausschuss** die Entscheidung vorbereitet. Bereits im April ging es grundsätzlich um die **Unterdeckung des Kayhuder Haushaltes** für 2016, also um ein großes Loch in der Kasse. Am letzten Juni-Tag standen dann die Kosten für den Kindergarten auf dem Prüfstand. Insgesamt 297.500 € können für das Kindergartenjahr 2016/17 **nicht durch Elternbeiträge, Landes- und Kreiszuschüsse gedeckt** werden. Dennoch entschied sich der Finanzausschuss nach über 2 Stunden hitziger Diskussion für die Empfehlung, die Gebühren für die Benutzung des Kindergartens **bis zum Sommer 2017 nicht zu verändern**. Dieser Empfehlung ist die Kayhuder Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 7. Juli **einstimmig** gefolgt.

Die Entscheidung musste in jedem Fall negative Folgen haben: Entweder hätte die Gemeindevertretung die Gebühren für den Kindergarten erheblich erhöhen oder aber den Gemeindehaushalt durch eine zusätzliche Unterdeckung belasten müssen. **Die Gemeindevertreter haben sich für die Eltern entschieden**. Obwohl dadurch nach der Berechnung unserer Amtsverwaltung nur noch ein Elternanteil an den Kosten von 23,07 % erreicht wird.

Ab 1. August 2016 gelten also **weiterhin diese Gebühren**:

Elementarbetreuung		Euro
Frühgruppe	07.00 – 08.00 Uhr	48
	halbtags	213
	ganztags	249
	ganztags	276
Krippe	07.00 – 08.00 Uhr	48
	halbtags	377
	ganztags	473
	ganztags	544

Für die **Verpflegung** der Kinder sorgt künftig auf Wunsch der Eltern ein anderes Unternehmen. Die Kosten dafür erhöhen sich von bisher 47 € auf 57 € pro Monat.

Zu den Hintergründen der Entscheidung: Ein **Elternanteil von 40 %** an den Kosten für den Kindergarten wird der Gemeinde als Ziel vorgegeben. Aber eine entsprechende Gebührenstruktur hätte **viele Eltern finanziell überfordert**. Ein Ganztagskrippenplatz für 579 € wäre nicht mehr zu-

mutbar. Möglicherweise hätten dann Eltern unseren Kindergarten in geringerem Umfang oder gar nicht mehr genutzt. Aber eine geringere Auslastung, also weniger Kinder im Kindergarten, verringert nur die Einnahmen, nicht die Betriebskosten. Das ist keine Lösung!

Seit die Bundesregierung den **Anspruch auf einen Krippenplatz** ab 1. Juli 2013 rechtlich garantierte, haben wir unseren kommunalen **Kindergarten zweimal erweitert** durch An- und Neubauten: 2011 und 2015. Der Kindergarten wird von Eltern wie Erzieherinnen und auch von den Gemeindevertretern geschätzt, und die Auslastung ist insgesamt gut. Aber die Kosten für den laufenden Betrieb überfordern längst unseren Haushalt.

Die Kosten für den Kindergarten steigen jährlich, die **Zuschüsse von Land und Kreis** jedoch sind in den vergangenen Jahren in etwa konstant geblieben. Aus Sicht der Kayhuder Gemeindevertreter, die auch von vielen anderen Kommunen unseres Landes geteilt wird, **müssten die Zuschüsse des Landes Schleswig-Holstein zum Betrieb der Kitas dringend erhöht** und damit an die aktuelle Kostenstruktur (Personalkosten) angepasst werden. Es kann nicht angehen, dass durch Gesetze der Bundesregierung die Kommunen mit den daraus entstehenden finanziellen Problemen im Stich gelassen werden.

In Anbetracht dieser unbefriedigenden Situation hat der Vorsitzende des Finanzausschusses eine **Empfehlung des Ausschusses an die Gemeindevertretung** in die Tat umgesetzt: Er hat sich nach der Sitzung der Gemeindevertretung **an die Landesregierung in Kiel** gewendet, mit der Bitte, die Bedingungen zum Betrieb der Kitas im Land erheblich zu verbessern, damit die Eltern die Gebühren für die Betreuung ihrer Kinder noch bezahlen können und die Kommunen nicht durch die hohen Kosten für die Kinderbetreuung permanent überfordert werden. ◆

## Neues zur Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr

Hinter diesem amtlichen Wort-Ungetüm verbirgt sich die so genannte Regensteuer. Bereits im Februar hatte sich die Gemeindevertretung damit beschäftigen müssen. Am 7. Juli stand das Thema erneut auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung. Natürlich geht es dabei nicht um eine Steuer, die nur zum Zweck, Einnahmen zu erzielen, allen Steuerpflichtigen auferlegt wird, sondern **um eine Gebühr, die aufgabenbezogen und zweckgebunden verwendet werden muss**. Folglich kann die Niederschlagswassergebühr nur die Kosten decken, die der Gemeinde tatsächlich entstehen. Verdienen kann Kayhude daran nicht. Zurzeit geht es um etwa 15.000 € jährlich, die Kayhude für die Unterhaltung der Regenwasserleitungen im Ort bezahlt.

Laut Vorgabe des Gemeinde-Prüfungsamtes hat Kayhude die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung vollständig zu ermitteln und nach Vorgaben des Kommunalabgabengesetz (KAG) unter Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der öffentlichen Flächen eine **Niederschlagswasserbeseitigungsgebühr zu kalkulieren und zu erheben**. Soweit, so klar. Jetzt ging es um die Frage, ob die erforderlichen Recherchen und Kalkulationen vom Amt erledigt werden oder von einem Ingenieurbüro. Die Gemeindevertretung entschied sich für das Amt.

Also werden alle Grundeigentümer im Laufe der nächsten Monate **vom Amt angeschrieben und um Auskunft gebeten** über die Art der Beseitigung des Niederschlagswassers auf ihren Grundstücken. Erst nach der Auswertung kann berechnet werden, wie hoch die Gebühr sein wird. Voraussichtlich zwischen 20 und 80 Cent je Quadratmeter Grundstücksfläche.

KAYHUDE

SPD

**Gerecht. Sozial. Vor Ort.**

## Kayhude und Oering gründen neuen SPD-Ortsverein

Wie allen Parteien fehlen auch der SPD neue, insbesondere jüngere Mitglieder und vor allem Aktive, die bereit sind, sich auch praktisch im Ort zu engagieren. Da manche SPD-Ortsvereine durch schrumpfende Mitgliederzahlen in ihrer Aktivität schwer gehandikapt sind, bietet sich **die Lösung an, benachbarte oder nicht weit entfernt liegende Ortsvereine zusammenzulegen**. Zu dieser Sicht auf die aktuelle Lage bekannten sich auch die SPD-Mitglieder aus Kayhude und Oering.

Nach diversen Vorgesprächen und gemeinsamen Sitzungen wurde am 6. Juni 2016 eine Entscheidung getroffen: Die Ortsvereine Oering und Kayhude wurden aufgelöst. Gleich im Anschluss wurde ein neuer Ortsverein gegründet, mit dem Namen **SPD-Ortsverein Kayhude/Oering**.

Ziel ist es in erster Linie, wieder einen voll handlungsfähigen Ortsverein zu garantieren. Weitere Aufgaben werden es sein, in beiden Orten eine **Kandidaten-Liste der SPD für die nächste Kommunalwahl 2018** aufzustellen und vor allem die dafür erforderliche Bereitschaft zur Mitarbeit bei den Einwohnern in beiden Orten zu wecken. Denn nur die aktive Beteiligung an der Kommunalpolitik ist die innere Kraft jeder politisch tätigen Vereinigung.

Der Anfang ist gemacht. Der **neue Vorstand** hat seine Arbeit bereits aufgenommen. Er setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden Gerhard Pelzer (Kayhude), der stellvertretenden Vorsitzenden Diane Brüggemann (Oering), der Kassiererin Gisela Bruder (Kayhude) und Schriftführer Thomas Müller (Oering).

## Straßenreinigungssatzung ergänzt

Kayhudes Satzung über die Straßenreinigung enthielt einige Fehler. Das wurde im Rahmen der Ordnungsprüfung vom Gemeindeprüfungsamt bereits im vergangenen Jahr moniert. Wesentlicher Bestandteil der Satzung war und bleibt die **Übertragung der Reinigungspflichten von der Gemeinde auf die Grundeigentümer**. Rechtlich nicht haltbar war jedoch deren Reinigungspflicht für die Einläufe zu Entwässerungsanlagen (Siele), denn das gehört zur Abwasserbeseitigung. Und auch für Hydranten können Grundeigentümer nicht zuständig sein, denn die gehören zum Brandschutz, und dafür ist grundsätzlich die Gemeinde zuständig.

Die Satzung von 2005 wurde in der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung entsprechend geändert. Und außerdem wurde in der Liste der betroffenen Straßen und Wege der Fußweg von der B432 / Ecke Wiesenweg zum Baugebiet Kornweg hinzugefügt. Die neu gefasste Satzung finden Sie auf der Kayhuder Homepage [www.kayhude.de](http://www.kayhude.de) unter der Rubrik **Gemeinde/Satzungen**.

## Frei für Gewerbe-Nutzung

Zum wiederholten Mal hat sich die Gemeindevertretung am 7. Juli mit einer **Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6** befasst, der für das Gebiet zwischen Heidkrügerfeld und der Bebauung am Wollgrasweg gilt. Die Änderung sollte einen bisher als Sondergebiet „Reitsport und Pferdezucht“ ausgewiesenen Bereich auf dem Gelände des Gestüts Barkholz zum **Mischgebiet und damit gewerblich nutzbar** machen. Eine Stellungnahme der Landesplanungsbehörde begrenzte diesen Wunsch der Antragsteller jedoch auf die vorhandenen Hallen, die Grünflächen des dahinter liegenden Reit- und Dressurplatzes hingegen sollen nicht mit einbezogen werden. Entsprechend wird jetzt das **Planverfahren fortgeführt**. Die Gemeindevertretung hat den Entwurf, der von einem Planungsbüro in der Sitzung vorgestellt wurde, einstimmig gebilligt. Die Pläne können damit öffentlich ausgelegt und die beteiligten Behörden benachrichtigt werden. ◆